

## Vortrag

### **Zahnloser Wachhund: Wie die Medienkrise der Demokratie in Südosteuropa schadet**

Christian Spahr, Leiter Medienprogramm Südosteuropa, Konrad-Adenauer-Stiftung

Frankfurter Medienrechtstage 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich heute zu Gast bei den Medienrechtstagen bin. Gemeinsam mit Prof. Johannes Weberling und der „Artikel 10 EMRK“-Arbeitsgruppe hat die Konrad-Adenauer-Stiftung schon zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Medienrecht und Selbstregulierung organisiert. Ich bedanke mich herzlich für diese langjährige Kooperation und die Einladung, heute hier zum Stand der Medienvielfalt in Südosteuropa sprechen zu dürfen.

Das KAS-Medienprogramm Südosteuropa beschäftigt sich mit zehn Ländern, darunter fallen die ex-jugoslawischen Staaten plus Rumänien, Bulgarien und die Republik Moldau. Betrachtet man die Medienvielfalt und die allgemeine Mediensituation in diesen Ländern, können ähnliche Entwicklungen und Probleme festgestellt werden. In meinem Vortrag sollen deshalb folgende Punkte angesprochen werden:

- Situation der Medienfreiheit in Südosteuropa laut Studien der KAS
- Politischer Kontext der EU-Erweiterung
- mögliche Ansätze für Verbesserungen

Zunächst einmal möchte ich allgemeine Beobachtungen zu den Medien in Südosteuropa vorstellen. Zum einen ist eine Vertrauenskrise festzustellen. Dies ist das Ergebnis einer KAS-Meinungsumfrage, die in zwei Ländern der Region, Bulgarien und Rumänien, durchgeführt wurde. Dort liegt das Vertrauen der Bürger in die Medien am Boden. Nur 17 Prozent der Bulgaren glauben, dass die Medien unabhängig berichten. In Rumänien sind die Ergebnisse mit 28 Prozent nur unwesentlich besser. Ich bin mir sicher, dass die Ergebnisse in den anderen Ländern der Region ähnlich ausfallen würden.

Vor allem die Printmedien haben an Glaubwürdigkeit verloren. Viele stehen vor dem Aus oder mussten schon schließen, weil ihre bereits geringen Auflagen weiter eingebrochen sind. Wie sie vielleicht wissen, stehen auch in einem traditionell starken Print-Markt wie Deutschland die Verlage unter Druck. Dies gilt erst Recht für kleinere Länder in Südosteuropa. Eine konsequente Orientierung an hohen professionellen Standards ist deshalb nötig, wenn Zeitungen und Zeitschriften schwarze Zahlen schreiben wollen. Die Qualität muss stimmen. Jedoch zeigt sich, dass die Printmedien in Südosteuropa ihr Potential, komplexe Themen zu erklären, nicht nutzen. Die Folgen sind ein geringer Zuspruch in der Bevölkerung und eine niedrige Auflage.

Das Fernsehen genießt weiterhin hohes Vertrauen. Es schneidet bei Umfragen deutlich besser ab als Online- oder Printmedien. Die Lücke zwischen Fernsehen und den anderen Mediengattungen ist sichtbar größer im Vergleich zu Mitteleuropa. Allerdings steigt das Vertrauen in Onlinemedien und Social Media. Diese werden zunehmend genutzt. Vor allem unter der Stadtbevölkerung und bei der Jugend sind Onlinemedien beliebt. Die Landbevölkerung und ältere Bürger nutzen das Internet kaum als Informationsquelle über Politik.

Ich möchte Sie noch auf einen anderen Aspekt aufmerksam machen, wenn wir über die Mediensituation in Südosteuropa reden. Die Eigentümerschaft von Medien ist dort ein großes

Thema. Zumindest im Bereich der Printmedien findet eine Monopolisierung statt. Ferner sind Medieneigentümer oft keine Publizisten im mitteleuropäischen Sinne, sondern Akteure aus der Wirtschaft oder aus der Politik. Sie benutzen Medien, um ihre anderweitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu verfolgen. Solche Medieneigentümer haben kein originäres Interesse an unabhängigem Qualitätsjournalismus oder an kritischer Berichterstattung. Sie arrangieren sich gerne mit den Mächtigen, und das ist keine gute Basis für unabhängigen Journalismus.

Generell wird eine unabhängige Berichterstattung durch die finanzielle Situation der Medien erschwert. Das Überleben der Medien in Südosteuropa hängt nicht nur von Werbekunden aus der Wirtschaft ab, sondern in hohem Maße auch von öffentlichen Geldern. In beiden Fällen gibt es einen relativ hohen Druck, im Sinne dieser Akteure zu berichten. Mit den Besitzverhältnissen und der finanziellen Abhängigkeit eng verknüpft sind auch negative Tendenzen in den Rankings für Medienfreiheit.

Soweit zu den allgemeinen Beobachtungen. Als nächstes möchte ich noch einmal auf die Vertrauenskrise zurückkommen und Ihnen die von der KAS durchgeführte Erhebung zum Vertrauen in die Medien näher vorstellen. Die Umfrage wurde von dem Meinungsforschungsinstitut MarketLinks in Zusammenarbeit mit der KAS in Bulgarien und Rumänien durchgeführt. Es wurden jeweils mehr als 1.000 Erwachsene befragt. Diese Stichprobe wurde landesweit repräsentativ für die städtische und ländliche Bevölkerung gewichtet. Das Ergebnis in Bulgarien war, dass nur 17 Prozent der Bürger an die Unabhängigkeit der Medien glauben. 59 Prozent verneinen dies. 16 Prozent der Befragten sind unentschlossen, 8 Prozent haben nicht geantwortet. In Rumänien sieht es nicht viel anders aus. Hier glauben 28 Prozent an die Unabhängigkeit der Medien, 43 Prozent bestreiten diese und der Rest ist unentschieden.

Zudem möchte ich Sie auf eine weitere Studie der KAS in Bulgarien aufmerksam machen. Diese hatte zum Ziel, mehr über die Gründe für die mangelnde Unabhängigkeit von Journalisten herauszufinden. Die Studie wurde von Orlin Spassov von der Sofioter Universität und Krum Blagov von der „Stiftung „Reporter““ durchgeführt. Sie teilt sich in drei Abschnitte. In der ersten Phase wurden die Eigentumsbedingungen und Wirtschaftsdaten der Medien recherchiert. In einer zweiten Phase wurden Interviews mit 100 Journalisten aus verschiedenen Medien durchgeführt. In der dritten Phase wurden Medieneigentümer und -manager interviewt.

Die Studie ergab, dass 52 Prozent der bulgarischen Journalisten eine Einflussnahme von Politikern auf ihre Medien beklagen. Zudem klagt jeder dritte Journalist über den Druck von Werbekunden. Die Folge ist interne Zensur. So sagen 30 Prozent der Journalisten, dass in ihren Medien die Berichterstattung über bestimmte Themen, Personen oder Firmen nicht möglich ist – oder nur mit einer bestimmten Tendenz. Jeder vierte Reporter oder Redakteur sagt, dass Texte von ihm schon an der Veröffentlichung gehindert wurden. Die befragten Medieneigentümer wiederum sehen sich vor allem von Werbekunden unter Druck gesetzt.

Diese Probleme rühren daher, dass die Rahmenbedingungen Lücken aufweisen. So gibt es kein Pressegesetz in Bulgarien, welches eine klare Definition des Verhältnisses zwischen Journalist und Arbeitgeber vorgibt. Zudem existieren kaum Tarifverträge, oder sie sind nicht bindend. Neben den Mängeln hinsichtlich der gesetzlichen Lage ist auch die Selbstregulierung nur sehr schwach ausgeprägt. Hinzu kommt, dass die Solidarität unter den Journalisten gering ausgeprägt ist. Eine Berichterstattung über die Medienbranche selbst, also zum Beispiel Medienseiten in Tageszeitungen oder Medienmagazine in TV und Hörfunk, gibt es kaum.

Die Autoren der Studie sprachen neun Empfehlungen für bessere Bedingungen in der Medienbranche aus. Unter anderem solle der gleichberechtigte Zugang aller Medien zu Informationen und zum Vertrieb besser geregelt werden. Der Staat als Werbekunde sowie die wirtschaftlichen Grundlagen vor allem der Printmedien müssten transparenter werden. Für bezahlte Beiträge in Printmedien solle es eine Kennzeichnungspflicht geben. Zudem fordern die

Experten eine politische Debatte zur Begrenzung der Eigentümerkonzentration in den einzelnen Mediensektoren.

Die Mediensituation ist also verbesserungswürdig. An dieser Stelle möchte ich auf mögliche Lösungsansätze eingehen. Eine wichtige Rolle spielen die EU-Institutionen, aber auch westliche Länder sowie NGOs. Selbstverständlich ist es für diese schwer, die Situation kurzfristig zu ändern, aber sie können ihren Einfluss auf Politiker in den Transformationsländern nutzen, um langfristig Verbesserungen zu initiieren. Echte Medienfreiheit und Meinungsvielfalt in der Praxis sollten als Bedingungen für einen EU-Beitritt vorausgesetzt werden.

Auch das KAS-Medienprogramm setzt sich für verschiedene Lösungsansätze ein. Beispielsweise fördern wir den investigativen Journalismus in der Region. Weiterbildung von Journalisten ist im Allgemeinen sehr hilfreich. Wir bieten z.B. Seminare zu Medienethik und zur europäischen Integration für Medienvertreter an. Um die Lage der Medien in der Region zu verbessern, ist es auch wichtig, die öffentliche Debatte voranzutreiben. Die KAS veranstaltet Expertenrunden und Podiumsdiskussionen zum Verhältnis von Medien und Politik sowie weiteren Themen wie Journalistenausbildung, Medienrecht und Selbstregulierung.

Ein weiterer Aspekt ist, die politische Kommunikation zu verbessern. So haben wir den Berufsverband SEECOM für Regierungssprecher mitgegründet. SEECOM ist der erste Fachverband für Kommunikationsexperten staatlicher Stellen in Europa. Auch für Pressesprecher und PR-Manager politischer Parteien bieten wir Schulungen an. Ziel ist eine politische Kommunikation, die sich von Propaganda abhebt und einen Dialog mit den Bürgern sucht.

Damit bin ich am Ende meines Vortrages angelangt. Wir haben gesehen, dass die Medien in Südosteuropa unter einer Vertrauenskrise leiden. Des Weiteren sind Medieneigentümer oft nicht an unabhängiger Berichterstattung interessiert. Der Druck auf Journalisten durch Eigentümer, Politiker und Unternehmer ist in Südosteuropa stark ausgeprägt.

Thematisiert wurde auch, was sich ändern muss und welche Lösungsansätze es gibt. So muss der Mediensektor transparenter werden. Mediengesetzgebung und Selbstregulierung sind zu verbessern. Wichtige Akteure, die diese Veränderung beeinflussen können, sind unter anderem die EU sowie NGOs.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.